



Bürger und Kommunen gg. die Westumgehung/B26n e.V.

An das Landratsamt Main-Spessart  
z. Hd. Herr Landrat Thomas Schiebel  
Marktplatz 8

97753 Karlstadt

Antrag auf Maßnahmen zur verkehrlichen Entlastung  
der Orte an der B26 im Werntal ( Arnstein, Heugrumbach, Müdesheim, Halsheim, Binsfeld,  
Thüngen, Stetten), der Arnsteiner Str. in Karlstadt, sowie die Ortsdurchfahrten in Lohr und  
Rechtenbach  
der Orte an der Staatsstr. 2435, hier vor allem Wiesenfeld und Steinbach,  
der Orte an der Staatstr. 2299, hier vor allem Billingshausen und Birkenfeld,  
der Orte an der Kreisstraße MSP 7 Retzbach und Retzstadt.

Sehr geehrter Herr Landrat,  
sehr geehrte Damen und Herren des Kreistages,

seit der Gründung 2007 setzt sich der Verein „Bürger und Kommunen gegen die  
Westumgehung Würzburg/B26n“ e.V. für seine satzungsgemäßen Ziele, den Schutz von  
Menschen, Umwelt, Klima und Landschaft, für eine ökologisch orientierte Verkehrspolitik in  
der Region Mainfranken ein. Ein Schwerpunkt liegt auf der Ertüchtigung und umweltge-  
rechten Gestaltung der in unserer Region bereits vorhandenen Verkehrsinfrastrukturen.

Wichtig ist der jeweiligen Vorstandschaft dabei die Abstimmung mit den Menschen im  
Landkreis Main-Spessart und der Region. Daher lädt der Verein nicht nur zu  
Informationsveranstaltungen ein, sondern sucht ganz gezielt im Anschluss daran das  
Gespräch mit den Besuchern.

Bei solchen Gesprächen fiel in den letzten Monaten auf, dass immer mehr Menschen über  
die Zunahme von immer größeren Lastkraftfahrzeugen auf unseren Straßen klagen. Sie  
berichten über viele auswärtige LKWs, die sie häufig unter „Maut-Ausweichverkehr“  
einordnen, und die die Anwohner vor allem nachts und in den frühen Morgenstunden durch  
Lärm belästigt.

Tagsüber wird der LKW-Verkehr vor allem auf schmalen kurvenreichen Ortsdurchfahrten  
zur Gefahrenquelle besonders für Kinder und alte Menschen.

Oft werden die Befürchtungen formuliert, dass sich die Situation ab Juli 2018, wenn die  
LKW-Maut auf alle Bundesstraßen ausgeweitet wird, besonders auf den Staats- und



Kreisstraßen weiter verschlechtert. Hohes Verkehrsaufkommen, vor allem wenn es sich dabei um Schwerlastverkehr handelt, verschlechtert nicht nur das menschliche Wohlbefinden. Mittlerweile ist hinreichend bekannt und bewiesen, dass sich (Verkehrs-)Lärm und (Diesel-)Abgase negativ auf die menschliche Gesundheit auswirken. Herz-Kreislauf-Erkrankungen wie arteriosklerotische Veränderungen („Arterienverkalkung“), Bluthochdruck und bestimmte Herzkrankheiten, einschließlich Herzinfarkt, können durch Lärm verursacht werden. Hohe Feinstaub- und Stickoxidbelastungen aus den Abgasen können Atemnot, Husten, Bronchitis, Lungenödem, steigende Anfälligkeit für Atemwegsinfekte sowie Lungenfunktionsminderung hervorrufen.

Daneben birgt ein hohes Verkehrsaufkommen entlang der o.g. Verkehrsadern Gefahr für Leib und Leben der schwächsten Verkehrsteilnehmer, der Fußgänger und Radfahrer, der Kinder und alten Menschen.

Deshalb fordern wir Sie hiermit auf,

- die Klagen und Befürchtungen der Bürger ernst zu nehmen und tätig zu werden. Im Einzelnen bedeutet das: Setzen Sie sich dafür ein, dass der Verkehr auf den o.g. Straßen bzw. Straßenabschnitten schnellstmöglich in für die Anwohner und Ortsbewohner erträgliche Bahnen gelenkt bzw. auf ein erträgliches Maß reduziert wird.
- dafür zu sorgen, dass auf o. g. Straßen ein generelles LKW-Fahrverbot für Fahrzeuge ab einem zulässigen Gesamtgewicht von 7,5 t angeordnet wird.
- Sollte ein generelles LKW-Durchfahrtsverbot nicht möglich sein, beantragen wir zumindest ein generelles LKW-Nachfahrverbot von 6 bis 22 Uhr für Fahrzeuge mit zulässigem Gesamtgewicht über 7,5 t auf den o. g. Ortsdurchfahrten / Straßen.
- Sollte dieses generelle LKW-Nachfahrverbot nicht möglich sein, beantragen wir ein generelles Tempolimit „30“ für die o. g. Ortsdurchfahrten.
- Sollte dieses generelle Tempolimit „30“ nicht durchzusetzen sein, beantragen wir ein Tempolimit „30“ zwischen 22 und 6 Uhr auf o. g. Ortsdurchfahrten.
- Desweiteren beantragen wir überall dort, dort für den kurzfristigen bedarfsgerechter Ausbau von Querungshilfen einzutreten, wo Kinder o.g. Straßen auf dem Schul- (oder Kindergarten-)weg oder dem Weg zur Bushaltestelle vermehrt kreuzen. Diese sind so auszuführen, dass sie den Bedürfnissen von Kindern, älterer Menschen und Menschen mit Behinderungen entsprechen, z.B. für beleuchtete, barrierefreie Zebrastreifen.

Durch die oben aufgeführten Maßnahmen, können die Auswirkungen des Verkehrs ohne baulichen Aufwand verringert und die Menschen entlang dieser Straßen entlastet werden. Ein Tätigwerden für die Bürgerinnen und Bürger, die an den o. g. neuralgischen Verkehrspunkten leben, ist dringend erforderlich.

Wir bitten um baldige Rückantwort zu unserem Anliegen. Gerne stehen wir Ihnen, Ihren Gremien, und politische Gruppierungen für Gespräche zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Günter Krönert  
1.Vorsitzender

Armin Beck  
stellv. Vorsitzender

Reinhard Rauch  
Schriftführer